

Wahlprüfsteine VLW und VLBS **Antworten der Saar-SPD**

1. Frage

Das Ministerium für Bildung und Kultur betreibt das Projekt „Gesunde Schule“ nicht ohne Grund. Wie sollte Ihrer Meinung nach der ständig steigenden Belastung für unsere Kolleginnen und Kollegen durch stetige Veränderungen (erhöhter Verwaltungsaufwand, Neugliederung des Übergangsbereiches, sehr heterogene Schülerschaft, etc. Rechnung getragen werden?

Jedes Kind ist anders. Und Schule ist nicht gleich Schule. Die Belastung für die pädagogischen Fachkräfte in unseren Schulen ist zunehmend abhängig von sehr konkreten Umständen vor Ort. Vor allem sogenannte „belastete Schulen“ werden wir weiter entlasten. Ressourcen müssen stärker nach den jeweiligen Anforderungen bemessen werden. So haben wir bereits alle Grundschulen entlastet, wenn sie im Ganztage arbeiten, über eine Dépendance verfügen oder eine besondere Belastung aufweisen. Zur gerechteren Personalisierung mit Lehrkräften und anderen Professionen sind Kriterien und Indices zu entwickeln, die eine angemessene Versorgung ermöglichen.

Das Programm „Gesunde Schule Saarland“ bauen wir weiter aus. Bei der Beratung zur Wiedereingliederung, beim Mutterschutz oder der Arbeitszufriedenheit legen wir besonderen Wert auf die Gesundheit unserer Lehrkräfte. Gesunde Schulen fördern die gesunde Lebensweise ihrer Schüler:innen. Mit Präventionsangeboten und der Förderung eines gesunden Mittagessens wollen wir die Schulen weiter unterstützen. Zu multiprofessionellen Teams gehören auch Gesundheitsfachkräfte. Ein Modellprojekt soll die Gelingensbedingungen für mehr Gesundheitsvorsorge untersuchen. Eine neu einrichtende Koordinierungsstelle für gesunde Schule, die am Bildungscampus angeschlossen sein soll, wird die Aufgabe haben Kompetenzen zu bündeln und Akteur:innen zu vernetzen.

Auch sprechen wir uns dafür aus, über Entlastungsstunden dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere im Bereich der mit Aufgaben verbundenen Themenfelder wie Digitalisierung auch tatsächlich Lehrkräfte, die beispielsweise mit der Administration vertraut sind, spürbar entlastet werden. Weiterhin werden Lehrkräfte im Bereich der Digitalisierung durch die KOMSA-Strukturen (Kompetenzzentren für Wartung, Support und Administration) ebenfalls entlastet.

2. Frage

Berufliche Schulen bieten ein hohes Maß an Durchlässigkeit und oft übersehene Aufstiegsmöglichkeiten bis hin zur Allgemeinen Hochschulreife.

Was werden Sie tun, um in Zukunft den Fortbestand der hervorragend funktionierenden Fachoberschulen zu sichern und wie stärken Sie die Eigenständigkeit der beruflichen Oberstufengymnasien, die inzwischen in großer Konkurrenz zu Oberstufen allgemeinbildender Schulformen stehen und dabei wie kaum eine andere Schulform durch ihre berufliche Profilierung dazu beitragen Studiengangwechsel – und abbrüche zu verringern?

Ob allgemeine oder duale Ausbildung, ob Gemeinschaftsschule, Gymnasium oder das berufliche System: Alle Kinder und Jugendlichen sind uns gleich viel wert, alle Bildungswege sind gleichwertig auszugestalten. Sowohl bei der personellen Ausstattung als auch bei den Arbeitsbedingungen ist das noch ein weiter Weg. Entscheidend ist, dass er konsequent

weitergegangen wird. Das bedeutet: Die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen muss uns mindestens genauso viel wert sein wie anderen Bundesländern. Wir arbeiten weiter daran, dass das Saarland bei den Ausgaben pro Schüler:in im bundesweiten Vergleich aufsteigt. Sowohl die Fachoberschulen als auch die beruflichen Oberstufengymnasien sind bereits seit vielen Jahren ein stabiler Garant dafür, dass entsprechend der jeweiligen Fachrichtung Schüler:innen hervorragend auf ihre schulische als auch berufliche Entwicklung vorbereitet werden. Die Investitionen der letzten Jahre in die beiden Systeme sind weiter auszubauen, um die Erfolge nachhaltig zu verstetigen. Dabei sind die Standorte zu sichern, um die beruflichen Profilierungen dauerhaft und vor allem landesweit aufrechtzuerhalten. Die Kooperationsmöglichkeiten der Fachoberschulen als auch der beruflichen Oberstufengymnasien mit Hochschulen, Wirtschaft, Industrie und Kammern wird deshalb nochmals ausgeweitet. So können die unterschiedlichen beruflichen Profile der Schulformen dazu genutzt werden, um die Schüler:innen noch gezielter auf eine berufliche oder akademische Laufbahn vorzubereiten. Auch ist in diesem Kontext dafür Sorge zu tragen, dass bereits ab der Mittelstufe, im Sinne der besten Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Schüler:innen, die Vernetzung von allgemeinbildender und beruflichen Schulen institutionalisiert wird. Nur so können wir alle Entwicklungsperspektiven für unsere Schüler:innen sicherstellen.

Auf eine frühe und systematische Berufsorientierung legen wir über alle Schulformen hinweg größten Wert. Auf Basis einer breit angelegten Profilanalyse müssen Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten und Interessen mit ihrer künftigen Berufs- oder Studienwahl verknüpfen können. Durch eine offene Schulwegeplanung ist es möglich Schüler:innen passgenau zu beraten und sie bei der Wahl ihres Abschlusses bzw. ihrer Berufs- und Studienorientierung zu unterstützen. Dabei sehen wir nicht die Konkurrenz der Schulformen im Vordergrund sondern ein sich ergänzendes Miteinander, um den Schüler:innen eine breite Auswahl an Möglichkeiten zu eröffnen.

3. Frage

Im bundesweiten Vergleich werden die saarländischen Beamten am schlechtesten besoldet (ca. 3 % schlechter als der Bundesdurchschnitt). Zur Verbesserung der Situation fordern wir eine Anpassung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt und eine Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, die im Grunde eine „Lohnkürzung durch die Hintertür“ gleichkommen. Darüber hinaus darf es keine weiteren Verschlechterungen im Beihilferecht für die saarländischen Beamten geben. Wie stehen Sie dazu?

Es ist unser ausdrückliches Ziel dafür Sorge zu tragen, dass saarländische Beamt:innen im Bundesvergleich hinsichtlich der Besoldung nicht schlechter gestellt sind, als der Bundesdurchschnitt.

4. Frage

Unsere Kolleginnen und Kollegen bekommen ab der Übertragung einer Funktion, die eine Besoldungserhöhung von A13 nach A14 (bzw. von A14 nach A15) mit sich bringt, erst nach drei Jahren getaner Arbeit die Besoldungserhöhung. Bei der Übertragung einer Funktion der Besoldungsstufe A15 aus der Besoldungsstufe A13 heraus müssen saarländische Lehrkräfte insgesamt sogar sechs Jahre die Tätigkeit verrichten, ehe sie die entsprechende Besoldungsstufe erreichen. Wie unterstützen Sie unsere Forderung, dass mit der Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit die Besoldungserhöhung nach einer deutlich kürzeren Bewährungszeit als bisher erfolgt (wie dies auch in anderen Bundesländern üblich ist, z.B. in Rheinland-Pfalz nach 6 Monaten)?

Das Thema der „Bewährungszeiten im höheren Dienst“ hinsichtlich Übernahme von Aufgaben ab der Übertragung einer Funktion ist für uns hinsichtlich der Wertschätzung der vor Ort an den Schulen zu erledigenden Aufgaben essentiell. Wir wollen dieses Thema landesweit zur Neuordnung bringen und mit anderen Behörden nach Lösungen suchen, um kürzere Bewährungszeiten als bisher zu schaffen.

5. Frage

Zukünftig müssen die Lehrkräfte an saarländischen Schulen bis zum 67. Lebensjahr unterrichten. Viele gehen aber durch die aufreibenden Tätigkeiten als Lehrkraft aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand und erreichen nicht die Altersgrenze. In viele anderen Branchen gibt es flexible Modelle zum Übergang in den Ruhestand (z.B. Flexirente oder Altersteilzeit). Wie positionieren Sie sich zu diesem Thema?

Auch das Thema Ruhestand muss angesichts der Entwicklungen hinsichtlich der Frage nach „Altersmodellen im Dienst“ neu gedacht werden, im Sinne einer Annäherung an neue gesellschaftliche Realitäten

6. Frage

Im Saarland werden dringend geeignete Bewerber für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Beruflichen Schulen mit den Fachrichtungen Technik (Metalltechnik, Mechatronik, Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik), Informatik sowie Gesundheit, Sozialpädagogik, Ernährung und Hauswirtschaft benötigt und auch in Wirtschaftspädagogik sind zukünftig ausreichend Bewerber erforderlich. Was werden Sie tun, um in Zukunft den Bedarf an geeigneten Bewerbern zu sichern?

Zur Sicherung der Lehrkräfteversorgung an beruflichen Schulen im Saarland wird ein Konzept vorgeschlagen, das kurz- und mittelfristige Maßnahmen umfasst, um dem Mangel an Berufsschullehrer*innen nachhaltig und zielgerichtet entgegenwirken soll.

Für kurzfristige Maßnahmen sollten Quer- und Seiteinsteigerprogramme gemeinsam mit dem Landesseminar und dem LPM in den Bedarfsfächern, wie z. B. Informatik, aufgelegt werden. Um die Schulen mit Lehrkräften der Fächer Gesundheit, Sozialpädagogik, Hauswirtschaft, Informatik und die Fächer der Fachrichtung Technik mittelfristig bedarfsorientiert versorgen zu können, wäre für die ersten Phase der Lehrerausbildung eine Kooperation der UdS mit der HTW dringlich einzurichten. Die Ausbildung in den o.g. beruflichen Fächern könnte dann über die HTW erfolgen.

Eine Möglichkeit dem entgegenzuwirken muss sein, dass Bewerber:innen für den Vorbereitungsdienst in ausgewiesenen Mangelfächern in angemessenem Umfang bevorzugt zugelassen werden sollten. Außerdem muss die Lehrkräfteausbildung in der ersten Phase der Lehrer:innenausbildung strukturell und inhaltlich professionsorientierter gestaltet werden, ohne dass hier die bestehende fachwissenschaftliche Qualität beeinträchtigt wird. Weiterhin sollten in der Lehrerausbildung zur Gewinnung von Lehrkräften an beruflichen Schulen – im Hinblick auf den derzeit hohen Anteil an Quereinsteigern – pädagogische Wahlangebote in den oben dargelegten Fachrichtungen angeboten werden. Grundsätzlich werden wir bundesweite Werbemaßnahmen ergreifen und auf die Attraktivität der Lehrkräfteausbildung im Saarland sowie damit verbunden auf die sehr guten Jobchancen im Lehramt hinweisen.

7. Frage

Die saarländische Wirtschaft befindet sich in einem fortschreitenden Technologie- und Strukturwandel. Dieser Wandel wird eine Vielzahl von Änderungen in der Arbeitswelt zur Folge haben, auf die die Beruflichen Schulen die Schülerinnen und Schüler verstärkt vorbereiten müssen. Was werden Sie tun, um die Beruflichen Schulen besser auf die Transformation der Wirtschaft vorzubereiten?

Berufliche Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, der mit der beruflichen Orientierung einsetzt und sich über die Berufsausbildung sowie die berufliche Weiterbildung fortsetzt. Im Rahmen der beruflichen Bildung werden zukunftsrelevante Kompetenzen und vielfältige berufliche Abschlüsse erworben. Dadurch werden Jugendliche und junge Erwachsene befähigt, ihr Leben in Gesellschaft und Beruf aktiv zu gestalten. Bestmöglich ausgebildete und hochqualifizierte Fachkräfte sind Ergebnis einer leistungsfähigen beruflichen Bildung im Saarland und stellen einen wichtigen Standortfaktor für die saarländische Wirtschaftsregion dar. Doch steht die berufliche Bildung vor immensen Herausforderungen, die sich durch hochdynamische gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse ergeben. Berufsbilder ändern sich rasant, neue Berufe entstehen und das berufliche Lehren- und Lernen ist auf Skills der Zukunft auszurichten. Die berufliche Bildung muss sich diesen Herausforderungen stellen und sie kritisch und kreativ mitgestalten, um auch in Zukunft leistungsfähig zu bleiben.

Hierzu müssen alle Akteure (Betriebe, Berufsschulen, Arbeitgeberverbände, Kammern, Gewerkschaften) und Verantwortlichen (z. B. MBK, MWAEV, MSGFF, BA), – in zeitgemäßen Kommunikations- und Kollaborationsstrukturen – eingebunden werden und die nötigen Veränderungen gemeinsam tragen. Dafür müssen entsprechende steuernde Strukturen aufgebaut werden, die diese komplexen Aufgaben moderiert und koordinieren.

Darüber hinaus begegnen die beruflichen Schulen diesem wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess zum einen mit der zielführenden und erfolgreichen Weiterentwicklung und Stärkung vorhandener beruflicher Kompetenzzentren und einer noch engeren Verzahnung dieser mit verlässlichen Partnern aus der Wirtschaft und zum anderen mit Innovationen und Fortschritt im Bereich der alltäglichen Schul- und Unterrichtsentwicklung, wie bspw. der Neugestaltung der Berufsfachschulen und einer damit verbundenen Stärkung der beruflichen Profilbildung in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung, Technik sowie Gesundheit und Soziales. Denn dort können Schüler:innen zielgerichtet für einen bestimmten Berufsweg begeistert und in zweiter Konsequenz Fachkräfte von morgen gewonnen werden. Hierbei ist auch die zunehmende Digitalisierung an den beruflichen Schulen ein weiterer wichtiger Baustein.

8. Frage

Die ehemals eigenständige Abteilung der Beruflichen Schulen am Ministerium für Bildung und Kultur wurde in eine, für alle Schulen des Saarlandes zuständige, Abteilung integriert. Statt einer Abteilung gibt es nur noch ein Referat, das für die Beruflichen Schulen zuständig ist. Auch am Landesinstitut für Pädagogik und Medien hat sich die Organisationsstruktur derart verändert, dass es keine eigene Abteilung mehr für die Beruflichen Schulen gibt. Diese Änderungen werden dem umfangreichen System der Beruflichen Schulen mit vielen verschiedenen Schulformen und ihrer hohen Anzahl an Ab- und Anschlüssen nicht gerecht, weswegen wir eine deutlichere Sichtbarkeit der Beruflichen Schulen – sowohl am MBK als auch am LPM – fordern. Dies könnte durch die Einrichtung eines Instituts für Berufliche Bildung, wie dies bspw. in Hamburg oder Schleswig-Holstein praktiziert wird, erfolgen. Wie unterstützen Sie diese Forderung?

Hervorragend ausgebildete und hochqualifizierte Fachkräfte sind Ergebnis einer leistungsfähigen dualen Ausbildung. Die beruflichen Schulen leisten hier einen Beitrag zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und schaffen mit ihrem Engagement wichtige Perspektiven für die junge Generation. Durch gesellschaftliche Veränderungen und einen wirtschaftlichen Strukturwandel verändern sich Berufsbilder und die notwendigen Kompetenzen, die junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt benötigen. Die Transformation unseres Wirtschaftssystems führt auch zu Herausforderungen für die berufliche Bildung. Wir wollen unser System beruflicher Schulen und die duale Ausbildung fördern, um diese zukünftigen Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Um die Transformation auch in der beruflichen Bildung erfolgreich zu gestalten, wird ein Zentrum für Transformation eingerichtet, das gemeinsam mit den Akteur:innen der beruflichen Schulen den Dreiklang aus Qualitätssteigerung in der Ausbildung, Qualifizierung der Fachkräfte und Öffnung hin zu neuen Berufsfeldern in den Blick nimmt.

9. Frage

Können sich die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler darauf verlassen, dass die intendierten positiven Effekte der Digitalisierung im Bildungsbereich nicht durch erhöhten Verwaltungsaufwand (z.B. zu hoher Zeugnisaufwand in den Berufsschulen) aufgezehrt werden? Die Lehrkräfte wollen mehr Zeit für die pädagogisch-fachliche Vor- und Nachbereitung statt für Verwaltung. Wie will Ihre Partei die Schulen unterstützen, um die Digitalisierung zur echten Verwaltungsvereinfachung werden zu lassen?

Zeitgemäßer Unterricht ist digital gestützt. Medienbildung wird so zur Selbstverständlichkeit. Gemeinsam mit den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken bauen wir die Kompetenzzentren für Wartung, Support und Administration (KOMSA) weiter aus und flankieren so die digitalen Veränderungen an allen Schulen, landesweit einheitlich sowie ortsunabhängig. Gemeinsam mit den Schulträger:innen prüfen wir, wie wir technische Infrastruktur und pädagogische Herausforderungen in den Kompetenzzentren zusammenbringen können.

Alle Lehrkräfte und Schüler:innen können mit nur einem Login in der Online-Schule Saarland alle Dienste abrufen. Mit der Einführung der Digitalen Einheitlichen Schulverwaltung (DESC) können Lehrkräfte ihre Verwaltungstätigkeiten bequem und mobil über das vom Schulträger gestellte Endgerät ortsunabhängig erledigen. Bereits jetzt können Lehrkräfte über ihr persönliches Endgerät ihre digitalen Bildungsmedien im Unterricht einsetzen, mit den Schüler:innen interagieren, ihre dienstlichen E-Mails abrufen, die digitale Infrastruktur im Klassenraum steuern und digitalen Unterricht sowie Verwaltungsabläufe organisieren. Lehrkräfte werden dadurch spürbar entlastet.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Digitalpolitik des Landes auf neue Füße stellen, damit aus der Theorie des digital erreichbaren Staates Praxis wird. Wir werden uns für die Schaffung einer landeseigenen, saarlandweiten zentral verwalteten Digitalisierungsplattform einsetzen. Dadurch steigern wir die Effizienz des Digitalisierungsprozesses, bündeln das nötige Knowhow, sparen wertvolle Ressourcen und Energie und können einen umfassenden Schutz der Daten und vor möglichen Cyberangriffen garantieren